

<http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-olpe-wenden-und-drolshagen/wieder-ein-dickes-plus-bei-der-gewerbesteuer-aimp-id9550155.html>

Attendorf.

Wieder ein dickes Plus bei der Gewerbesteuer

03.07.2014 | 00:20 Uhr

Mit seiner zweiten Sitzung in der 16. Legislaturperiode nahm am gestrigen Mittwoch der Attendorner Stadtrat seine Arbeit auf und wurde gleich mit den für Attendorf typischen harten Fakten konfrontiert: Es steht wieder mehr Geld zur Verfügung als gedacht.

Mit seinem Finanzzwischenbericht bereitete Kämmerer Klaus Hesener die neuen/alten Ratsmitglieder darauf vor, dass es vermutlich wieder nichts wird mit einem Haushaltsdefizit. Rund fünf Millionen Euro mehr als im Haushalt veranschlagt wird die Stadt Ende 2014 eingenommen haben. Damit wird sich das negative Jahresergebnis in Höhe von 4,93 Millionen Euro auf rund 880000 Euro reduzieren. „Sollten sich die Gewerbesteuereinnahmen noch weiter erhöhen, könnte sogar ein struktureller Haushaltsausgleich erreicht werden“, so Hesener. Wie immer musste Hesener auch wieder Wasser in den Gewerbesteuer-Wein schütten. Durch die Mehreinnahmen erhöhen sich für Attendorf die Umlageverpflichtungen. Die Gewerbesteuerumlage um 440000 Euro und der Anteil am Fonds Deutsche Einheit um 430000 Euro. Insgesamt verbleiben in Attendorf von jedem eingenommenen Gewerbesteuer-Euro 12 Cent.

Vom Tisch sind alle Gedankenspiele, den Klosterplatz zu bebauen. In einem gemeinsamen Antrag von SPD, UWG und CDU legte sich der Rat fest, keine großflächige, kommerzielle Bebauung zuzulassen. Beifall von der SPD erhielt Birgit Haberhauer-Kuschel für ihre Vision von einer „Freiraumoase“ Klosterplatz. Die Bebauung mit einem Pavillon soll möglich bleiben. Keine Mehrheit fand die FDP/Grüne-Fraktion, die aus verhandlungstaktischen Gründen in den Beschluss mit aufnehmen wollte, den Klosterplatz dann nicht zu bebauen, wenn man eine ähnlich zentral gelegene und vergleichbar attraktive Fläche findet.

Ebenfalls keine Mehrheit fand die kleinste Fraktion mit ihrem Wunsch, über das Thema Finnentroper Straße zu diskutieren. Marius Becker forderte SPD und UWG auf, sich zu erklären, ob eine touristische Entwicklung im Bereich der Finnentroper Straße noch gewünscht werde. Das Thema Sperrung Finnentroper Straße wurde mit Stimmen von SPD, UWG und Teilen der CDU abgesetzt.

Gunnar Steinbach